

Nach Gespräch mit Papst: Keine Entscheidung über Limburg

Rom/Limburg (dpa) - Der Konflikt um den Limburger Bischof Tebartz-van Elst hat nun endgültig die höchste Ebene der katholischen Kirche erreicht - eine schnelle Entscheidung des Papstes ist aber nicht in Sicht.

Mehr als eine halbe Stunde lang tauschten sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, und Franziskus in Rom aus und besprachen unter anderem den Limburger Skandal. Zollitsch sagte anschließend, das «mitbrüderliche Gespräch» habe ihn ermutigt, Einzelheiten wolle er aber wegen des «vertraulichen Charakters» nicht nennen.

Eine Entscheidung über eine Abberufung des Bischofs, dem unter anderem Verschwendung beim Bau seiner neuen Residenz und Falschaussage vorgeworfen wird, gab es nicht. Vielmehr wurde erwartet, dass der Papst zunächst weitere Informationen einholt und deshalb bis zu einer Entscheidung einige Zeit vergehen könnte.

Tebartz-van Elst ist seit Sonntag in Rom und wartet bislang vergeblich auf eine Audienz beim Papst. Ob und wann es ein Treffen zwischen ihm und Franziskus geben wird, war weiter unklar. Auch Zollitsch traf den umstrittenen Bischof während seiner Zeit in Rom nicht, wie es hieß. Am Donnerstag hatte er vielmehr eine Begegnung mit Franziskus' Vorgänger Benedikt - ob er mit ihm ebenfalls über Limburg redete, wurde nicht bekannt.

Das Gespräch zwischen Zollitsch und Papst Franziskus war bereits seit längerem geplant. Er sei zuversichtlich, «dass alle Seiten an einer guten und baldigen Lösung interessiert sind», sagte der Freiburger Erzbischof nach der Audienz. Es gehe darum, die Lage in Limburg zu beruhigen und einen Weg aus der schwierigen Situation zu finden. «Ich bin dankbar, dass ich diese Gelegenheit hatte, all die Dinge anzusprechen, um von meiner Seite einen Beitrag zu leisten.»

Zollitsch hatte sich mehrfach deutlich von seinem Limburger Glaubensbruder distanziert. Er bezeichnete die Lage im Bistum Limburg als schwierig und bedrückend. «Ich bin sicher, dass sich der Bischof gründlich mit der notwendigen Selbstkritik auseinandersetzen wird», sagte er vor einigen Tagen.

Zahlreiche Politiker, Verbände und Kirchenorganisationen haben Tebartz-van Elst zum Amtsverzicht aufgefordert. Über eine Amtsenthebung kann jedoch letztlich nur Franziskus entscheiden. Er könnte Tebartz-van Elst zudem den Amtsverzicht nahelegen.

Weitere Klarheit über das Finanzgebaren in Limburg soll nun eine von Zollitsch berufene Prüfungskommission bringen, die am Freitag ihre Arbeit aufnimmt. Wann sie erste Ergebnisse liefert, sei unklar, sagte er. Zollitsch hatte bereits am Montag nach seiner Ankunft in Rom betont, zügig handeln zu wollen, dabei aber Schnellschüsse zu vermeiden.

Dem Limburger Bischof wird Verschwendung beim Bau seiner neuen Residenz vorgeworfen. Inzwischen ist klar, dass sich die Kosten auf mindestens 31 Millionen Euro belaufen. Ursprünglich waren 2,5 Millionen Euro genannt worden. Außerdem hat die Hamburger Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl gegen Tebartz-van Elst wegen falscher Erklärungen an Eides statt beantragt. Dabei geht es um Aussagen des Geistlichen wegen eines Erste-Klasse-Flugs nach Indien.

Die Reforminitiative «Wir sind Kirche» forderte eine schnelle Entscheidung des Papstes. Es müsse

keineswegs bereits über einen möglichen Amtsverzicht des heftig umstrittenen Bischofs entschieden werden, sagte Sprecher Christian Weisner der Nachrichtenagentur dpa. «Aber nach dem Fiasko in Limburg sind dort alle gelähmt. Deshalb muss in den kommenden Tagen ein von Rom bestellter Diözesanadministrator die Arbeit des Bischofs übernehmen, bis eine Lösung in dem Fall in Sicht ist.»

Die Entscheidung der Limburger Staatsanwaltschaft über ein Ermittlungsverfahren gegen den Bischof zieht sich hin. Zunächst sei ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden, sagte Sprecher Hans-Joachim Herrchen. Erst danach werde entschieden, ob das Verfahren wegen Untreueverdachts im Zusammenhang mit der enormen Kostensteigerung beim Bau der Residenz aufgenommen werde oder nicht.

Das Gleiche gelte für den Vermögensverwaltungsrat, der für die Kontrolle der Finanzen des Bischöflichen Stuhls zuständig ist. Gegen ihn liegt eine anonyme Anzeige wegen Untreue und Betrugs vor. Über die Gelegenheit zur Stellungnahme für den Bischof hatte zuerst «Bild.de» berichtet.

In den vergangenen Tagen hatten zahlreiche Bistümer auf die öffentliche Kritik am Finanzgebaren von Bischof und Kirche reagiert und ihre Finanzen offengelegt. Bisher hatten die meisten Diözesen über die bischöflichen Vermögen, die nicht Teil des regulären Haushalts sind, im Einklang mit dem geltenden Staatskirchenrecht nicht öffentlich Rechenschaft abgelegt.

<http://www.freipresse.de/POLITIK/DEUTSCHLAND/Nach-Gespraech-mit-Papst-Keine-Entscheidung-ueber-Limburg-artikel8571104.php>

Zuletzt geändert am 17.10.2013